2. Wirtschaftsordnungen und Märkte

2.1.1 Wirtschaftsordnungen

Leitfragen

- Wie kann die Güterversorgung in einer Volkswirtschaft gewährleistet werden?
- Was sind die Aufgaben einer Wirtschaftsordnung?
- Welche Wirtschaftsordnungen können unterschieden werden?

Warum wirtschaftet der Mensch?

Jeden Tag gehen Millionen von Menschen in Deutschland zum Mittagessen, sei es in Kantinen, in Restaurants oder an Imbissbuden. Dort werden die unterschiedlichsten Gerichte angeboten – z.B. italienische Küche, deutsche Küche oder auch Kebab, Sushi und Hamburger. Die Zutaten zu den Essen werden nicht nur aus der Region, sondern aus der ganzen Welt angeliefert.

Doch wie kann es gelingen, dass die Nachfrage nach diesen ganz verschiedenen Gerichten mit dem Angebot täglich in etwa übereinstimmt bzw. wie wird gewährleistet, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse der Konsumenten berücksichtigt werden? An diesem Beispiel zeigt sich die zentrale Frage des menschlichen Wirtschaftens: Wie kann die tägliche Koordination zwischen Nachfrage und Angebot von Gütern gelingen? Oder wie es Adam Smith, der Begründer der modernen Wirtschaftswissenschaften, schon im 18. Jahrhundert formulierte: Wie kann die Erwirtschaftung des größtmöglichen Gemeinwohls für eine Volkswirtschaft erzielt werden?

Der Mensch – ein homo oeconomicus?

Jede Volkswirtschaft steht vor der Aufgabe, das Grundproblem des Wirtschaftens zu lösen: Während die Bedürfnisse der Wirtschaftssubjekte fast grenzenlos erscheinen, sind die verfügbaren Mittel begrenzt. Darum stellt sich die Frage, wie und welche Bedürfnisse mit den verfügbaren Ressourcen befriedigt werden können, welche Kosten dabei entstehen und wie viel Nutzen diese stiften. Im Wirtschaftsprozess werden also ständig Kosten und Nutzen in Relation gesetzt (**Handeln nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip**).

Nutzen gegen Kosten abwägen, mit knappen Mitteln das optimale Ergebnis erwirtschaften – wie soll das gehen? In der Wirtschaftswissenschaft wurde das Modell des **homo oeconomicus** entwickelt. Er wird beschrieben als ein rational kalkulierender, umfassend informierter, individualistischer und eigennütziger Nutzenmaximierer.

Empirische Untersuchungen legen jedoch nahe, dass Menschen nicht durchgängig rational bzw. eigennützig handeln. Trotzdem ist das Modell des homo oeconomicus durchaus nützlich zur Erklärung ökonomischer Verhaltensweisen und liegt deswegen vielen wirtschaftswissenschaftlichen Erklärungen zugrunde (› Methodenkompetenz: Modellbildung).

Wie kann der Wirtschaftsprozess koordiniert werden?

Soll ein zusammenhangloses Nebeneinander der Aktivitäten der Wirtschaftssubjekte – wie die am Wirtschaftsprozess teilnehmenden Menschen in den Wirtschaftswissenschaften genannt werden – vermieden werden, braucht es Regeln. Ähnlich wie beim Sport hängen die wirtschaftlichen Aktivitäten in ihrer genauen Ausführung und in ihren Ergebnissen von bestimmten Regeln ab. Solche Regeln oder Verfahren werden auch als **Institutionen** bezeichnet. Für die Wirtschaft besonders wichtig sind zum Beispiel das Vertragsrecht und das Geldwesen.

Wie die einzelnen Produktions- bzw. Konsumpläne der Wirtschaftssubjekte miteinander abgestimmt werden, ist Aufgabe der jeweiligen **Wirtschaftsordnung**. Sie regelt:

- wer (z.B. welche Unternehmen),
- was (welche Güter)
- für wen (eine Frage der Verteilung) und

- wie mit welchen Produktionsmitteln produziert.

Typen von Wirtschaftsordnungen

Idealtypisch gesehen lassen sich dabei zwei miteinander konkurrierende Wirtschaftsordnungen unterscheiden:

- Die **marktwirtschaftliche Ordnung** ist geprägt von den Ideen des politischen Liberalismus des 18. Jahrhunderts und basiert auf der Koordination des Wirtschaftsprozesses durch den Marktmechanismus. Über die Preisbildung entsteht ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen auf dem Markt. Modellhaft betrachtet, ergeben sich dadurch die bestmögliche Befriedigung der Bedürfnisse der Marktteilnehmer und die effizienteste Verwendung der verfügbaren knappen Produktionsfaktoren. Es kommt zur einer „optimalen Allokation der Ressourcen", wie es in der Sprache der Wirtschaftswissenschaften heißt.

- Im **System der Planwirtschaft**, auch zentrale Verwaltungswirtschaft genannt, übernimmt der Staat bzw. eine zentrale Plankommission die Koordination des Wirtschaftsgeschehens. Über einen Plan werden Umfang und Art der gesellschaftlichen Produktion weitgehend bestimmt. Die Idee der Planwirtschaft basiert auf den Theorien des politischen Sozialismus bzw. Marxismus des 19. Jahrhunderts. Durch die zentrale Planung soll die – von Marx diagnostizierte – Krisenanfälligkeit der Marktwirtschaft vermieden werden.

Die Regelung der Eigentumsverhältnisse ist ein zentrales Unterscheidungsmerkmal zwischen den beiden Wirtschaftsordnungen. In einer Marktwirtschaft überwiegt das Privateigentum an den Produktionsmitteln (auch kapitalistische Marktwirtschaft genannt), die Unternehmen sind typischerweise in Privatbesitz, die Eigentümer bestimmen über die Ziele des Unternehmens und das zentrale Ziel des Wirtschaftens ist in der Regel die Gewinnerzielung. In einer Planwirtschaft sind dem gegenüber die Produktionsmittel in staatlichem Besitz (auch sozialistische Planwirtschaft genannt) und der wirtschaftliche Entscheidungsspielraum für einzelne gering.

Adam Smith

Adam Smith (1723-1790) legte in seinem Hauptwerk, „Der Wohlstand der Nationen" (1776) die Grundlagen für die Ideen des wirtschaftlichen Liberalismus. Nach Adam Smith führt der Marktprozess dazu, dass sich die Verfolgung des individuellen Vorteils durch jeden Einzelnen zum gegenseitigen Vorteil aller auswirkt. So sagt er: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil." In dieser Sichtweise bewirken individuelle Kosten-Nutzen-Überlegungen, modellhaft betrachtet, dass die Marktteilnehmer – Käufer wie Verkäufer, Nachfrager wie Anbieter – aus arbeitsteiliger Produktion und anschließendem Tausch Vorteile für sich ziehen.

Das marktwirtschaftliche Modell – Gewinner der Systemkonkurrenz?

Mit dem Zusammenbruch der meisten sozialistischen Staaten hat sich weitgehend die Wirtschaftsordnung einer auf Privatbesitz basierenden Marktwirtschaft durchgesetzt. Sie wird in der öffentlichen Diskussion auch als freie oder als kapitalistische Marktwirtschaft bezeichnet. Die lange vorherrschende internationale „Systemkonkurrenz" scheint damit entschieden, da auch sozialistische Staaten, wie etwa China, zunehmend auf Marktprozesse und Privateigentum setzen. Unterschiedliche Positionen bestehen in den Wirtschaftswissenschaften aber weiterhin über die konkrete Ausgestaltung des marktwirtschaftlichen Systems. Kontrovers wird diskutiert:

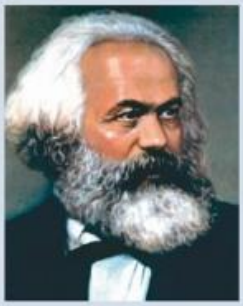
- ob und wie viel der Staat planend in den Wirtschaftsprozess eingreifen sollte,
- welche Aufgaben in einer Volkswirtschaft sinnvoller privat oder öffentlich organisiert werden sollten,
- ob es Unternehmen in Staatsbesitz geben sollte,
- ob es genossenschaftlich organisierte Betriebe geben sollte und nicht zuletzt,
- ob Gewinnerzielung als oberstes Ziel durchgängig das Wirtschaftsgeschehen (und zunehmend auch andere gesellschaftliche Bereiche) bestimmen sollte.

Historischer Hintergrund der Modelle Marktwirtschaft und Planwirtschaft

Ausgehend von den Gedanken der Aufklärung entwickelte sich im 18. Jahrhundert vorwiegend in Großbritannien (der zu dieser Zeit wirtschaftlich am weitesten entwickelten Volkswirtschaft) die politische Theorie des Liberalismus. Von den absolutistischen Regierungen wurde mehr politische Freiheit gefordert, welche aus Sicht der liberalen Denker nur zusammen mit bzw. durch mehr ökonomische Freiheit zu verwirklichen war. Die Zeit des Absolutismus war bis dahin von einer Vielzahl noch aus der mittelalterlichen Zunftwirtschaft stammenden Beschränkungen der Wirtschaftstätigkeit sowie von staatlichen Regulierungen geprägt, die der Entwicklung der entstehenden Nationalstaaten dienen sollten (**merkantilistische Wirtschaftspolitik**).

Dagegen sahen die Vertreter des Liberalismus in der freien Entfaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Individuen das beste Mittel zur Entwicklung des Wohlstands. Der Staat sollte sich auf die Gestaltung eines Ordnungsrahmens beschränken. Dazu gehörte wesentlich auch die Garantie des persönlichen Eigentums. Getragen wurden diese Forderungen von dem entstehenden Bürgertum. Begleitet wurde diese Entwicklung durch die industrielle Revolution sowie der Entstehung von mehr und mehr Manufakturen, in denen die betriebliche Arbeitsteilung rasant zunahm.

Karl Marx



Karl Marx (1818-1883) sah das zentrale Problem des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems in der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Entsprechend forderte er deren Enteignung und ihre Überführung in Kollektiveigentum.

Die im frühkapitalistischen England verbreitete Kinderarbeit und das Elend von Hunderttausenden von Fabrikarbeitern waren für die **im 19. Jahrhundert entstehende sozialistische Bewegung** der Beleg dafür, dass die Verwirklichung einer liberalen marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung zu wirtschaftlichen Krisen und einer ungerechten Verteilung von Einkommen, Vermögen, wirtschaftlicher und politischer Macht führt. Deshalb plädierte der führende Theoretiker der sozialistischen Bewegung im 19. Jahrhundert, Karl Marx, für eine gesellschaftliche Planung des Produktionsprozesses. Das sozialistische Wirtschaftssystem, in der früheren UdSSR seit den 1920er Jahren und den Staaten des früheren Ostblocks nach 1948 umgesetzt, basierte auf den Grundgedanken von Karl Marx.

2.1.2 Märkte und Preise

Leitfragen	Wie funktioniert die Preisbildung in einer Marktwirtschaft?	Welche Rolle spielen Angebot und Nachfrage?	Wie lässt sich der Wirtschaftsprozess modellhaft darstellen?

Markt und Preis - wie funktioniert ein Markt?

Ein Markt ist jeder Ort, an dem Güter getauscht werden. Der Wochenmarkt in einer Kleinstadt ist ebenso ein Markt wie Verkaufsbörsen im Internet, bei denen Güter angeboten oder nachgefragt werden. Auf einem Markt treffen die Wünsche und Absichten von Konsumenten und Produzenten aufeinander, von Arbeitgebern und -nehmern, von Vermietern und Mietern – kurz: von Käufern und Verkäufern. Die Funktion des Marktes besteht darin, die Pläne von Anbietern und Nachfragern zu koordinieren. Der Ausgleich von Angebot und Nachfrage erfolgt durch den Markt- bzw. Preismechanismus.

Die Haushalte als Nachfrager streben eine Nutzenmaximierung an, d. h. sie geben ihr Einkommen so aus, dass möglichst viele Bedürfnisse befriedigt werden können (› Kap. 2.1.1). Wenn der Preis eines Guts steigt, werden die Konsumenten die Nachfrage nach diesem Gut verringern und im umgekehrten Fall steigern. Die Unternehmen verfolgen das Ziel der Gewinnmaximierung, sie bieten bei einem höheren Preis und somit höheren Verkaufserlösen mehr des entsprechenden Guts an als bei einem niedrigen Preis. Beim **Gleichgewichtspreis**, bei dem die angebotene mit der nachgefragten Menge übereinstimmt, bieten die Verkäufer genau die Menge an, die die Käufer zu diesem Preis kaufen wollen. Bei höheren Preisen ergibt sich ein Angebotsüberschuss, umgekehrt führen niedrigere Preise zu einem Nachfrageüberschuss.

Wie wirken Angebot und Nachfrage zusammen?

Die Preisbildung bei vollkommener Konkurrenz entspricht dem Ideal der Marktwirtschaft. Sie lässt sich mithilfe von mathematischen Modellen darstellen und untersuchen: Das Verhalten der Anbieter und Nachfrager wird durch Kurven innerhalb eines Koordinatensystems dargestellt. Die Nachfragekurve zeigt, wie die Nachfragemenge eines Gutes vom Preis abhängt. Dabei wird unter-

Funktionen von Preisen und Märkten

Informationsfunktion

Der Preis gibt Auskunft über den relativen Knappheitsgrad eines Gutes oder einer Dienstleistung. Ein steigender Preis deutet auf eine zunehmende Knappheit hin und umgekehrt.

Knappheitsindikator

Koordinationsfunktion

Anbieter und Nachfrager planen ihr Angebot bzw. ihre Nachfrage nach einem Gut oder einer Dienstleistung auf der Grundlage des Preises.

Ausgleich von Angebot und Nachfrage

Selektionsfunktion

Es können nur Unternehmen auf dem Markt bestehen, die zumindest kostendeckend anbieten, die anderen scheiden aus dem Markt aus. Nur Nachfrager, die bereit sind, den Preis zu bezahlen, erhalten das Gut oder die Dienstleistung.

Zuteilung und Auslese

Allokationsfunktion

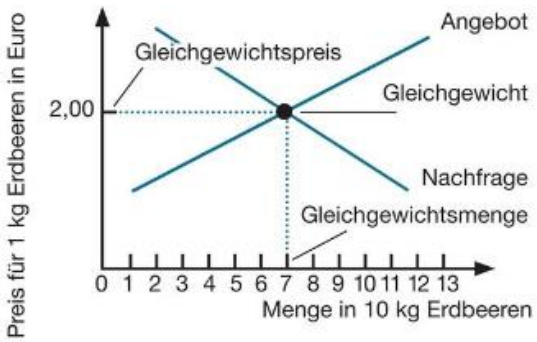
Preise lenken die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in die Wirtschaftsbereiche, wo die erzielbaren Einkommen (Löhne, Gewinne) am höchsten sind. Unternehmen haben einen permanenten Anreiz für die effiziente Verwendung knapper Ressourcen.

Anreize und Lenkung

Marktmechanismus am Beispiel des Preises für ein Kilogramm Erdbeeren

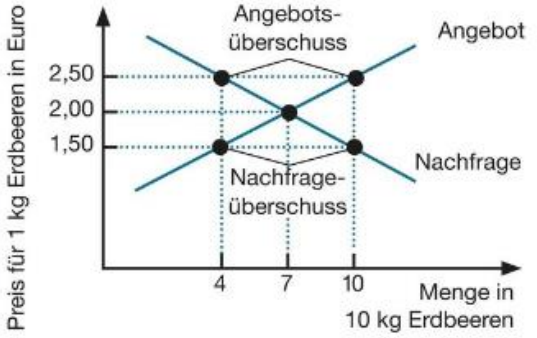
Märkte im Gleichgewicht

Der Markt befindet sich im Gleichgewicht, die zum Gleichgewichtspreis angebotene Menge an Erdbeeren entspricht genau der nachgefragten Menge. Das Gleichgewicht findet man da, wo sich Angebots- und Nachfragekurve schneiden. Hier beträgt der Gleichgewichtspreis 2,00 Euro je kg Erdbeeren: Zu diesem Preis werden 70 kg Erdbeeren angeboten und nachgefragt.



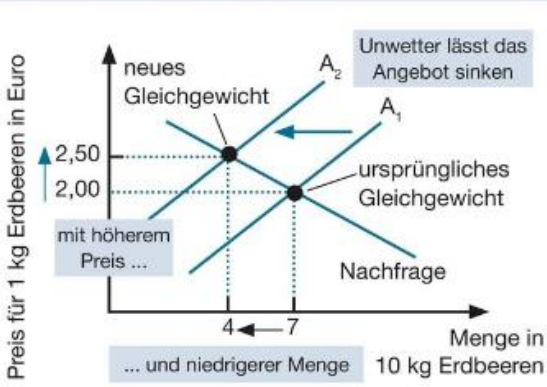
Märkte abseits des Gleichgewichts

Bei einem Marktpreis von 2,50 Euro (liegt über dem Gleichgewichtspreis) werden 40 kg Erdbeeren nachgefragt und 100 kg angeboten (Angebotsüberschuss). Die Anbieter versuchen, den Absatz durch Preissenkungen zu steigern; dies verändert den Preis in Richtung des Gleichgewichtspreises. Bei einem Preis von 1,50 Euro werden 100 kg Erdbeeren nachgefragt und 40 kg angeboten (Nachfrageüberschuss). Die Anbieter werden den Preis in Richtung des Gleichgewichtspreises anheben.



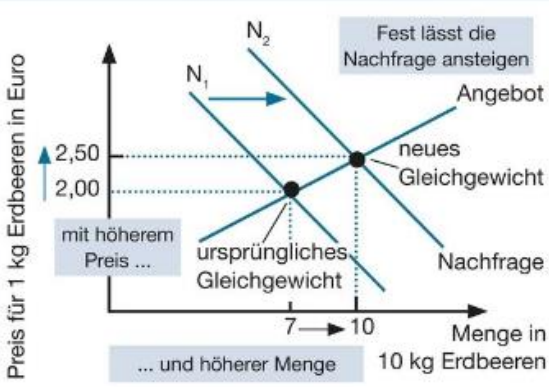
Folgen eines Angebotsrückgangs

Ein Unwetter vermindert die Angebotsmenge, zum gleichen Preis wird jetzt weniger angeboten als vor dem Unwetter. Dies bewirkt eine Linksverschiebung der Angebotskurve von A1 nach A2. Der Gleichgewichtspreis steigt von 2,00 Euro auf 2,50 Euro und die Gleichgewichtsmenge sinkt von 70 kg auf 40 kg.



Folgen einer Nachfragesteigerung

Ein großes regionales Fest lässt die nachgefragte Menge an Erdbeeren auf dem Markt steigen, da hier viele Haushalte mehr Erdbeeren konsumieren. Zum gleichen Preis wird also jetzt mehr nachgefragt als vorher. Die Nachfragekurve verschiebt sich nach rechts. Der Gleichgewichtspreis steigt von 2,00 Euro auf 2,50 Euro, die Gleichgewichtsmenge steigt von 70 kg auf 100 kg.



stellt, dass die nachgefragte Menge bei sinkendem Preis zunimmt, die Nachfragekurve hat daher eine negative Steigung. Andere Einflussgrößen der Nachfrage sind etwa die Einkommen oder die Bedürfnisse der Haushalte. Wenn sich eine dieser Einflussgrößen ändert, kommt es zu einer Verschiebung der Nachfragekurve.

Die Angebotskurve zeigt, wie die Angebotsmenge eines Gutes vom Preis abhängt. Man geht davon aus, dass die angebotene Menge bei steigendem Preis zunimmt. Die Angebotskurve hat daher eine positive Steigung. Ändern sich andere Einflussgrößen des Angebots, etwa die Produktionstechnologie oder die Kosten, kommt es zu einer Verschiebung der Angebotskurve. Der Schnittpunkt von Angebots- und Nachfragekurve bestimmt das Marktgleichgewicht.

Das Funktionieren des Preismechanismus setzt einen Markt mit Wettbewerb und Konkurrenz voraus, auf dem es viele Anbieter und Nachfrager gibt, die als einzelne keinen Einfluss auf den Marktpreis haben (Modell der vollkommenen Konkurrenz). Von vollkommener Konkurrenz spricht man, wenn

- sich am Markt eine **sehr große Zahl von Anbietern und Nachfragern** gegenüberstehen,
- die ein praktisch identisches Gut handeln (**Bedingung der Homogenität**),
- **vollkommene Marktübersicht** herrscht,
- die **Anpassungsprozesse am Markt schnell** ablaufen und
- es ansonsten keinen Grund gibt, **einen Marktteilnehmer einem anderen vorzuziehen** (keine zeitlichen, persönlichen, sachlichen und räumlichen Präferenzen).

In der Regel trifft mindestens eine dieser Bedingungen auf real existierende Märkte nicht zu, so dass man hier von unvollkommenen Märkten spricht.

Aufgaben

1. Beschreiben Sie die Funktionsweise des Marktmechanismus.
2. Erklären Sie, warum die Nachfragekurve von links oben nach rechts unten und die Angebotskurve von links unten nach rechts oben verläuft.

Beispiel: Der Wirtschaftsprozess als Kreislaufmodell

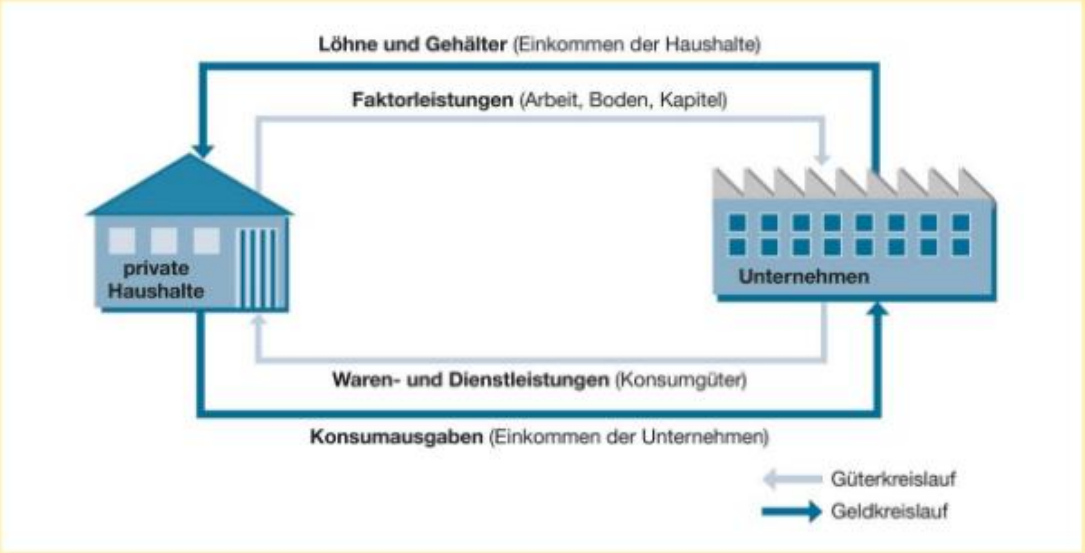
Die Wirtschaftswissenschaften versuchen durch Modelle die Komplexität von einzelwirtschaftlichen Vorgängen verständlich zu machen. Eines der ersten Modelle der Wirtschaftswissenschaften ist der Wirtschaftskreislauf, zuerst entwickelt von dem französischen Arzt und Ökonomen Francois Quesnay (1694–1774). Angelehnt an das System des menschlichen Blutkreislaufs werden die Geld- und Güterströme einer Volkswirtschaft dargestellt. Durch die Methode der Aggregation, d. h. der Zusammenfassung von Einzelgrößen, werden ökonomische Transaktionen zu Strömen zusammengefasst sowie gleichartige Wirtschaftssubjekte zu Sektoren.

Der einfache Wirtschaftskreislauf

Arbeitsteilung, **Tausch** und **Geld** gelten seit Adam Smith als die prägendsten Elemente einer effizienten Wirtschaftsweise. Zudem hat sich in entwickelten Volkswirtschaften die Trennung der Sphären **der privaten Haushalte** und der **Unternehmen** herausgebildet. Die Wirtschaftstheorie spricht von Haushalten, in denen konsumiert wird, und von **Unternehmen**, in denen die Produktion stattfindet.

Stellt man die zwei Sektoren Haushalte und Unternehmen in einem einfachen Wirtschaftskreislauf dar, dann stellen die Haushalte den Unternehmen Faktorleistungen bzw. Produktionsfaktoren zur Verfügung (Boden, Kapital, Arbeit). Damit produzieren die Unternehmen Güter und stellen diese den Haushalten zur Verfügung (Konsumgüter). Die Haushalte beziehen von den Unternehmen entsprechende Faktoreinkommen (Löhne, Zinsen, Miete). Mit dem Einkommen bezahlen sie die von den Unternehmen produzierten Güter (Konsumausgaben).

Im Wirtschaftskreislauf entspricht jedem Güterstrom ein Geldstrom, weswegen im Modell nur die Geldströme erfasst werden.



Der erweiterte Wirtschaftskreislauf

Für den einfachen Wirtschaftskreislauf gilt, dass die mit der Produktion entstehenden Einkommen in voller Höhe für den Konsum ausgegeben werden. Tatsächlich verwenden die Haushalte aber nur einen Teil ihres Einkommens für Konsumgüter, einen anderen Teil sparen sie. Ebenso produzieren Unternehmen nicht nur Konsumgüter, sondern auch Investitionsgüter, mit denen sie ihren Kapitalstock erweitern. Durch das Sparen der Haushalte und die Investitionstätigkeit der Unternehmen findet ein Vermögenszuwachs in der Volkswirtschaft statt.

Um den Aspekt der Vermögensbildung bzw. veränderung in das Modell zu integrieren, braucht es einen weiteren Sektor, den der Kapitalsammelstellen, mit denen die privaten Haushalte und die Unternehmen interagieren.

Werden zudem die wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates in das Kreislaufmodell über den Sektor Staat einbezogen, dann sind weitere Transaktionen zu berücksichtigen:

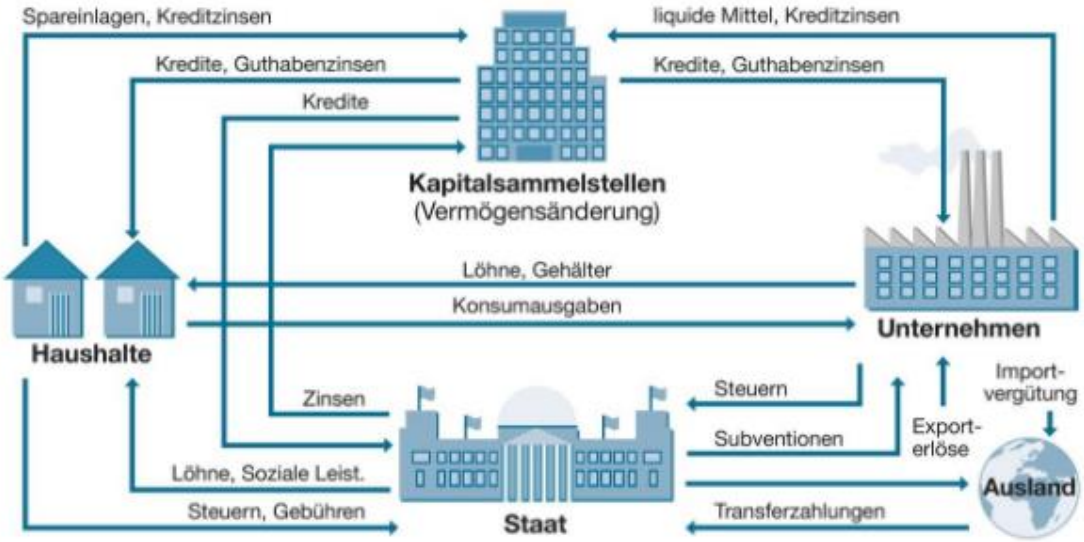
- **Steuern:** die Erhebung von Einkommens- und Ertragssteuern, der Mehrwertsteuer und von Verbrauchssteuern (z. B. Mineralölsteuer), welche von den Unternehmen in die Produktpreise eingerechnet werden. Hierzu gehören vereinfacht auch die Sozialversicherungsbeiträge;

- **Staatlicher Konsum:** Kauf von Sachgütern und Dienstleistungen bei Unternehmen und Erfassung von Gemeinschaftsgütern (Bildung, Sicherheit, Gesundheit etc.);

- **Subventionen an Unternehmen:** Geldleistungen z. B. für Forschung oder die Steinkohle;

- **Transferzahlungen an die Haushalte:** staatliche Unterstützungsleistungen wie Kindergeld, Pensionen oder Sozialversicherungsleistungen.

Die positive Differenz aus Einnahmen und Ausgaben des Staates wird als Ersparnis des Staates bezeichnet. Übersteigt dagegen der Ausgabenstrom die Einnahmen, gleicht der Staat den Fehlbetrag durch Kreditaufnahme aus. Moderne Volkswirtschaften verfügen zusätzlich über eine Vielzahl von Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland. Ein Teil der inländischen Produktion wird in das Ausland exportiert, im Gegenzug importiert die inländische Volkswirtschaft Güter aus dem Ausland. Werden die staatlichen Aktivitäten und die grenzüberschreitenden Transaktionen durch die Einführung des Sektors Ausland erfasst, gelangt man zum **Kreislaufmodell einer offenen Volkswirtschaft mit staatlicher Aktivität.**



Aufgabe

Prüfen Sie mithilfe des einfachen und des erweiterten Wirtschaftskreislaufs, welche Konsequenzen sich bei folgenden wirtschaftlichen Ereignissen ergeben:

a) Sie schalten zuhause den Fernseher an.

b) Sie verlieren den Job.

c) Der Staat erhöht die Mehrwertsteuer.

2.1.3 Die Soziale Marktwirtschaft

Leitfragen	Was ist das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft?	Welche Aufgaben übernimmt der Staat in einer Sozialen Marktwirtschaft?	Auf welche Herausforderungen stößt das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft?

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft

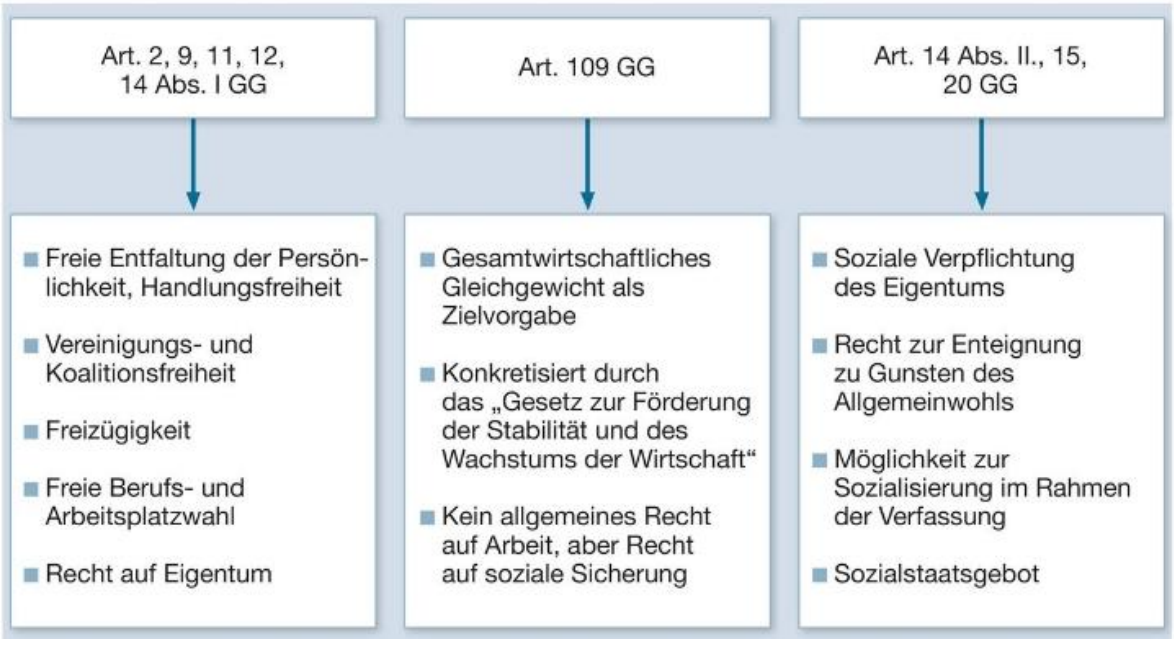
Das Konzept der **Sozialen Marktwirtschaft** entstand gegen Ende des Zweiten Weltkriegs und griff Elemente des Liberalismus und der christlichen Soziallehre auf. In dem Modell wird die **Marktwirtschaft als Grundprinzip** anerkannt, jedoch dem **Staat eine aktive Rolle im Wirtschaftsprozess zugewiesen.** Geistige Väter des Konzepts waren Walter Eucken (1891-1950), Professor für Volkswirtschaftslehre, und Alfred Müller-Armack (1901-1978), von 1958 bis 1963 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft. Politisch geprägt wurde die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland von **Ludwig Erhard** (1897-1977), der von 1949-63 Wirtschaftsminister und von 1963-66 Bundeskanzler war. Die **sozialliberale Koalition (1969-82)** baute daran anschließend die sozialen Sicherungssysteme aus und erweiterte die betriebliche Mitbestimmung.

In der Sozialen Marktwirtschaft kommt dem Staat die Aufgabe zu, **sozial unerwünschte Auswirkungen des Marktprozesses zu verhindern oder zumindest abzumildern.** In den Worten von Müller-Armack: **„Die Freiheit des Marktes mit sozialer Verantwortung verbinden.** Primäres Koordinationsprinzip bleibt der Wettbewerb". Das bedeutet, dass Verbraucher frei entscheiden können, welche Güter sie kaufen **(Konsumfreiheit).** Unternehmer haben das Recht auf Eigentum an den Produktionsmitteln und die Freiheit, Güter nach ihrer Wahl zu produzieren und abzusetzen. Der Wettbewerb zwischen den Unternehmen soll das Erreichen der optimalen Verwendung der vorhandenen Ressourcen gewährleisten.

Welche Aufgaben übernimmt der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft?

In der Sozialen Marktwirtschaft kann der Staat die **Marktfreiheit dort beschränken, wo die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit gefähr-**

Das Grundgesetz (GG) und die Soziale Marktwirtschaft



det sind. Der staatlichen Wirtschaftspolitik kommt die Aufgabe zu, die negativen Folgen von Marktprozessen wie etwa Konjunkturschwankungen und Arbeitslosigkeit abzufedern. Auch sollen zu starke Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung staatlich korrigiert werden (› Kap. 2.2 - 2.4).

Der Staat übernimmt zudem Aufgaben, die über Märkte nur sehr eingeschränkt wahrgenommen werden können, wie etwa in der Bildungspolitik, Sozialpolitik und Strukturpolitik. Risiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit werden vom Staat durch gesetzliche Versicherungssysteme abgedeckt. Zudem bilden die Mitbestimmung in Großunternehmen und die Beteiligungsrechte der Betriebsräte einen wichtigen Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik. Diese wurden besonders in den 1970er Jahren in Westdeutschland ausgebaut. Und nicht zuletzt soll der Staat den Wettbewerb auf den Märkten garantieren, d.h. verhindern, dass marktbeherrschende Unternehmen entstehen, die den Marktmechanismus außer Kraft setzen.

Warum muss der Staat den Wettbewerb auf Märkten kontrollieren?

Das Marktmodell hat zur Voraussetzung, dass vollkommene Konkurrenz auf den Einzelmärkten herrscht; das bedeutet, dass die einzelnen Anbieter einen so geringen Marktanteil haben, dass sie die Preisbildung nicht beeinflussen können (**Polypol**). Jeder Anbieter wird jedoch versuchen, einen möglichst großen Marktanteil für sein jeweiliges Produkt zu erreichen und andere Anbieter aus dem Markt zu drängen. Häufig gibt es darum auf Märkten nur wenige Anbieter mit jeweils einem großen Marktanteil, die zusammen den Markt beherrschen (**Oligopol**). Wenn sich einer dieser Anbieter gegenüber seinen Konkurrenten durchsetzt, dann erlangt dieser dadurch eine **Monopol**stellung.

In einem oligopolistischen Markt sind Preisabsprachen oder ein abgestimmtes Verhalten der Marktteilnehmer – die sogenannte Bildung von Kartellen – zur Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs eher möglich als auf einem polypolistischen Markt. Dadurch besteht die Gefahr einer Beeinträchtigung des Marktprozesses, da die Preisbildung dann nicht mehr, wie im Marktmodell skizziert, stattfindet.

Betrachtet man die Situation in Deutschland, dann bestehen auf vielen wichtigen Teilmärkten oligopolistische Marktstrukturen. Oft bildet sich dabei die Marktführerschaft eines Unternehmens heraus, dessen Preissetzung die anderen Unternehmen folgen.

Wie kann der Staat das Funktionieren des Marktmechanismus gewährleisten?

Die Aufgabe des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Funktionieren des Marktprozesses zu gewährleisten. Diese Aufgabe übernimmt in Deutschland das **Bundeskartellamt**, welches 1958 auf Grundlage des **Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB)** gegründet wurde. Seine Hauptaufgaben sind

- die **Fusionskontrolle**,
- die **Missbrauchsaufsicht** bei marktbeherrschenden Unternehmen und
- die **Überwachung des Kartellverbots.**

Bei **Zusammenschlüssen bzw. Fusionen von Unternehmen** können auf einzelnen Märkten Unternehmen mit hohen Marktanteilen entstehen. Das Bundeskartellamt geht von einer Marktbeherrschung aus, wenn drei Unternehmen einen Marktanteil von mindestens 50 Prozent erreichen. **Zusammenschlüsse von Unternehmen kann das Bundeskartellamt verbieten oder nur unter bestimmten Auflagen erlauben.** Allerdings sieht das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung eine Ministererlaubnis vor, d.h. das Bundeswirtschaftsministerium kann Zusammenschlüsse erlauben, wenn gesamtwirtschaftliche Gründe – etwa der Erhalt von Arbeitsplätzen – dafür sprechen. Außerdem ist seit 2004 auf europäischer Ebene die Europäische Kommission mit der Prüfung von Unternehmenszusammenschlüssen befasst, die eine grenzüberschreitende Bedeutung haben.

Weiterhin hat das Bundeskartellamt die Aufgabe, die **Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung durch Unternehmen zu kontrollieren**, zu verhindern bzw. mit Hilfe von Bußgeldern zu sanktionieren. Anfang 2018 hat das Bundeskartellamt z.B. eine Branchenuntersuchung im Be-

reich Online-Werbung eingeleitet, um die Vermarktung von Werbeflächen im Internet (z.B. bei Google, facebook) zu überprüfen.

Zudem treffen Unternehmen, um harte Preiskämpfe zu verhindern, Absprachen über Preise, über zu produzierende Mengen oder über die regionale Aufteilung von Märkten, sogenannte **Kartelle**. Dies ist durch das GWB verboten, dennoch werden immer wieder illegale Kartelle gebildet bzw. Preisabsprachen getroffen. Die Aufgabe des Bundeskartellamts ist es, diese aufzudecken und entsprechende Bußgelder zu verhängen (› Schaubild).

Die höchsten Kartellstrafen in Deutschland

Vom Bundeskartellamt verhängte Bußgelder nach Branchen in Millionen Euro

Branche	Jahr	**Summe** der verhängten Bußgelder / davon höchstes verhängtes ***Einzelbußgeld*** gegen ein Unternehmen	
Zement	2003	*175,9*	396,0 Mio. €
Wurst	2014	*128,1*	338,5
Bier	2014	*160,0*	338,0
Zucker	2014	*195,5*	281,7
Flüssiggas	2007	*67,2*	249,0
Tondachziegel	2008	*66,3*	188,1
Kaffee	2009	*83,0*	159,0
Industrieversicherungen	2005	*33,9*	151,4
Schiene / DB	2013	*103,0*	134,5
Brillengläser	2010	*28,8*	115,0
Automobilzulieferer	2015	*29,5*	89,7
Dekorpapier	2008	*25,0*	61,0

dpa•26937

Quelle: Bundeskartellamt

Wie viel Staat braucht die Soziale Marktwirtschaft?

Die Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess wird unterschiedlich bewertet. In der klassischen Perspektive wird dem Staat lediglich der Schutz des Eigentums, die Schaffung und Durchsetzung des Rechtsrahmens (die so genannte **Ordnungspolitik**) und der Schutz nach außen zugeordnet; in den Wirtschaftsprozess selbst sollte er nicht eingreifen. Geht man jedoch davon aus, dass immer wieder Fälle von Marktversagen auftreten, dann erscheint es sinnvoll, dass der Staat in den Marktprozess eingreift (Prozesspolitik). Immer wieder weisen Ökonomen daraufhin, dass auch staatliche Eingriffe in den Marktmechanismus Krisen auslösen können; in solchen Fällen handelt es sich dann eher um Staatsversagen als um Marktversagen (› Kap. 2.2.3).

Mit Blick auf die stetig steigenden Staatsausgaben wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder die Frage aufgeworfen, inwieweit die Staatsausgaben im bisherigen Ausmaß zu finanzieren sind bzw. inwieweit die zunehmende Staatstätigkeit hinderlich für die Entwicklung einer funktionierenden (Sozialen) Marktwirtschaft ist. Zur Beschreibung der Entwicklung der Staatstätigkeit wird die **Staatsquote** bzw. Staatsausgabenquote herangezogen. Sie misst den Anteil der Staatsausgaben am BIP eines Landes. Betrachtet man die Situation in Deutschland, dann stieg die **Staatsquote** kontinuierlich. Während sie im Jahr 1960 in Westdeutschland 32,9% betrug, pendelte sie in den letzten Jahren um die 44% (› Schaubild auf der nächsten Seite).